

# NEWSLETTER DER AsF JUNI/2020



Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe an sozialdemokratischer Gleichstellungspolitik  
Interessierte,

die AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) stellte bei ihrer Gründung 1972 etwas ganz Besonderes dar. Nach 100 Jahren feministischer und emanzipatorischer Arbeit innerhalb der patriarchal geprägten SPD durch Frauen wie Clara Zetkin, Elisabeth Selbert oder Elfride Eilers gaben die Männer erstmals einen Teil ihrer Macht ab. Heute, fast 50 Jahre später, ist die AsF aus dem politischen Diskurs nicht mehr wegzudenken, aber auch nötiger denn je.

Kein Wunder also, dass der innerparteiliche Protest gegen die Neufassung der Richtlinien für die AGs, die eine echte Schwächung der AsF zur Folge gehabt hätte, laut und deutlich ausfiel und letztendlich auch erfolgreich war. Die sogenannte Registrierungspflicht ist vom Tisch! Es bleibt dabei: Jede Genossin ist automatisch auch Mitglied in der AsF.

Wir können uns also wieder auf unsere eigentliche Arbeit konzentrieren. In diesem Newsletter berichten wir über unsere politische Arbeit zu Zeiten der Corona-Krise, bei deren Bewältigung uns Frauen eine ganz besondere Rolle zukommt.

Ein besonderes Highlight unserer politischen Arbeit der letzten Wochen war unser erster WebTalk, der ein großer Erfolg war. Lest dazu in diesem Newsletter unseren Bericht.

Wie immer wünsche ich beim Lesen viel Vergnügen und neue Erkenntnisse.  
Bitte passt auf euch auf und bleibt's gesund!

In diesem Sinne: Vorwärts!  
Eure

Micky Wengatz  
AsF-Bayern Landesvorsitzende

# BUNDESVORSTAND KIPPT REGISTRIERUNGSPFLICHT FÜR DIE ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

## WIR LASSEN UNS NICHT SPALTEN

Im Februar beschloss der SPD-Bundesvorstand zahlreiche Neuerungen für die Arbeitsgemeinschaften im Rahmen der parteiinternen Reformarbeit. Darunter befand sich u. a. eine Registrierungspflicht für die Arbeitsgemeinschaften AsF, 60+ und AfA. Die „geborenen“ Mitgliedschaften – dass also eine Frau in der SPD automatisch der AsF zugeordnet wird (und bei den anderen beiden AGs entsprechend hinsichtlich des Alters bzw. der Berufszugehörigkeit) – waren somit plötzlich passé. Gegen diese Änderung hat sich der AsF-Bundesvorstand, insbesondere unsere Bundesvorsitzende Maria Noichl, parteiintern eingesetzt. Viele von euch haben die Unterschriftenaktion der Bundes-AsF „Wir lassen uns nicht spalten“ unterstützt. Wir freuen uns, dass unser Kampf um Rücknahme der Registrierungspflicht erfolgreich war und danken insbesondere unserer Vorsitzenden Maria Noichl herzlich für ihr kämpferisches Engagement.

Nachstehend findet ihr den Hinweis zur gekippten Registrierungspflicht von Maria Noichl aus dem Newsletter der Bundes-AsF in Auszügen:



Maria Noichl, MdEP, AsF-Bundesvorsitzende

*„Liebe ASF-Frauen im Bundesvorstand, in den ASF-Landesvorständen und BA Mitglieder und an der ASF-Arbeit interessierte Genossinnen und Genossen!*

*(...) Unser Selbstverständnis: „Jede Frau in der SPD ist automatisch eine ASF-Frau“ wurde im Februar durch die Verabschiedung einer neuen Richtlinie tief erschüttert. Der Parteivorstand hatte eine Registrierpflicht für die Mitarbeit in der ASF verabschiedet. Es begann eine harte, interne Auseinandersetzung der ASF mit der Parteispitze: Von einer Solidaritätskampagne mit 3000 Unterschriften von Genossinnen und Genossen, bis hin zu einer Klage beim parteiinternen Schiedsgericht, haben wir deutlich gemacht: **Nein, das lassen wir nicht mit uns machen!** (...)*

**Gestern** (08.06.2020, Anm. d. Redaktion) **wurde im Parteivorstand ein neuer Beschluss gefasst (wieder einstimmig), dass die Registrierung Geschichte ist.**

*Wir haben nicht zu 100 % gewonnen. Es gibt in Zukunft eine schwache Opt-Out-Regelung in der Eigenverantwortung der Genossinnen.*

**Doch heute ist der Tag, um die 95% intern zu feiern!**

- Den Arbeitsgemeinschaften AG 60plus und ASF gehören **automatisch** alle Parteimitglieder an, die ihnen jeweils durch Alter oder Geschlecht zuzuordnen sind.
- Die Berechnung des Delegiertenschlüssels erfolgt auf der Basis der **Mitgliederzahlen der SPD.**
- Mitglieder der SPD können in den Arbeitsgemeinschaften **mitarbeiten, abstimmen sowie von ihrem aktiven und passiven Wahlrecht Gebrauch machen.**

*(...) Lasst und gemeinsam für eine gute, geschlechtergerechte Welt kämpfen. Innerhalb und außerhalb der SPD. (...)*

*Freundschaft, Maria Noichl“*

# SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH IN BAYERN IM JAHR 2020 EIN WEBTALK MIT *pro familia*

Am 26.05.2020 fand der WebTalk der AsF Bayern „Schwangerschaftskonflikt - Gefangen zwischen Fristen und Frust bei der Arztsuche“ statt. Für Frauen im Schwangerschaftskonflikt wird die ohnehin schwierige Situation durch eine unzureichende medizinische Versorgung zusätzlich erschwert. Im Rahmen des WebTalk informierten Stefanie Kauschinger, Landesvorsitzende von *pro familia* Bayern, und Thoralf Fricke, Geschäftsführer *pro familia* Niederbayern, unter Moderation von Katja Reitmaier über die Erfahrungen von *pro familia* und die derzeitige problematische Lage für Frauen sowie die verheerenden Folgen.

In den Eingangsstatements erläuterte Stefanie Kauschinger zunächst die Situation in Bayern. Danach sei es in Bayern zwar derzeit nicht schwer, den Beratungsschein nach §218 StGB zu erhalten. Anders sehe es hingegen im Anschluss aus, wenn eine Ärztin/ein Arzt gefunden werden muss, die/der unter Einhaltung der medizinischen Standards einen Schwangerschaftsabbruch vornehme. Hier ziehen sich gerade auch viele Kliniken aus der Verantwortung. Die unzureichende Ausbildung der Studierenden verschärfe die Situation, denn die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs ist kein verpflichtender Teil des Medizinstudiums. Folge der bayernweiten Versorgungslücke sei die Flucht der betroffenen Frauen ins Ausland, insbesondere nach Österreich.

Thoralf Fricke ging im Anschluss auf die verschärfte Versorgungslage konkret in Niederbayern ein. Derzeit herrsche in diesem Regierungsbezirk für Frauen eine unzureichende medizinische Versorgungssituation im Bereich Schwangerschaftsabbruch. Im Schwangerschaftskonflikt haben Frauen seit März ortsnah keine Möglichkeit mehr nach einer Konfliktberatung bis zur zwölften Schwangerschaftswoche einen Abbruch durchführen zu lassen. Bislang hatte ein Arzt in Niederbayern die gesetzlich geregelten Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung durchgeführt. Zum 20. März hatte dieser letzte verbliebene Arzt seine Tätigkeit aus Alters- und Gesundheitsgründen beendet. Seit einigen Monaten ist in Niederbayern ein weiterer Arzt hinzugekommen. Dieser führt allerdings Schwangerschaftsabbrüche ausschließlich medikamentös und damit nur bis zur neunten SSW durch. Dies bedeutet, dass Frauen aus dem gesamten



Designed by jcomp / Freepik

ostbayerischen Raum gezwungen sind, für die Vornahme eines Schwangerschaftsabbruches lange Wege mit den damit verbundenen gesundheitlichen Risiken und der zusätzlichen finanziellen Belastung auf sich zu nehmen, sofern sie sich nach einer Beratung in einer der staatlich anerkannten Beratungsstellen für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden haben. Aber auch in Großstädten wie München, Augsburg oder Würzburg oder im ländlichen Bereich der Oberpfalz war laut Thoralf die Situation schon einmal besser. Deutschlandweit sei ein Wegbrechen der Ärzt\*innen aus Altersgründen zu verzeichnen.

In der anschließenden Fragerunde hatten die Genoss\*innen Gelegenheit, Ihre Fragen zu stellen. Dabei kam unter anderem zur Sprache, welche Personengruppen besonders von der Unterversorgung im ostbayerischen Raum betroffen sind. Besonders für Frauen, die nur über ein sehr geringes oder über gar kein Einkommen verfügen, stellen die langen Wege zu den Fachstellen eine erhebliche finanzielle und organisatorische Belastung dar. Auch Minderjährige und junge Erwachsene – oft noch in schulischer oder Berufsausbildung – gehören hier ebenso zu den betroffenen Gruppen wie auch Frauen mit körperlichen Einschränkungen oder Alleinerziehende. Eine weitere besonders betroffene Gruppe von Frauen stellen Asylberechtigte und Frauen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus bzw. geduldete Flüchtlinge dar. Die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Ausgeh- und Kontaktbeschränkungen verschlimmern diese Situation noch.

Was also könne von Seiten der Politik getan werden, um die Situation für die Betroffenen nachhaltig zu

ändern, fragten einige Genossinnen. Der Appell hierauf von Stefanie Kauschinger: Wir sollen das Thema in verschiedenen Formaten und Gesprächen immer wieder in die Öffentlichkeit bringen und uns hierzu organisieren. Positiv hebt Stefanie Kauschinger die Aktionen von Medical Students for Choice in Berlin und München hervor, wodurch das Thema immer wieder auf die Straße gebracht werde.

Thoralf Fricke unterstützt diese Forderung. Er sieht das Erstarken der AFD und deren frauenpolitisch rückwärtsgewandte Weltsicht kritisch und ruft zu mehr Gegendemos aller Altersgruppen auf. Der Politik in Bayern attestiert Thoralf, dass sie das Thema im Blick habe und viel getan werde. Die Regierung in Bayern stelle aber nach wie vor weitgehend die CSU.

Er wünscht sich eine Ansage der Landesregierung, wonach jede Uniklinik eine ausreichende ambulante und stationäre Versorgung sicherstellen müsse. Vom Bund verlangt er, dass der bislang unbestimmte Rechtsbegriff der „ausreichenden“ Versorgung durch den Gesetzgeber genau bestimmt werden müsse.

Das bislang geltende Weigerungsrecht der Ärzt\*innen, einen Schwangerschaftsabbruch abzulehnen, möchte er – vergleichbar wie in Schweden – abgeschafft sehen.

**Pro familia ist ein gemeinnütziger Verband zur Beratung rund um die Themen Sexualität und Familienplanung. In Bayern gibt es 21 Beratungsstellen. Der Verband wird unter anderem von den Beiträgen seiner Mitglieder finanziert – wer dieses wichtige nicht-konfessionelle Beratungsangebot unterstützen möchte, kann Mitglied werden (Infos unter [www.profamilia.de](http://www.profamilia.de)) oder auch gern eine Spende richten an:**

**Spendenkonto *pro familia* Landesverband Bayern**

**IBAN: DE52 7002 0500 0007 8008 00**

**BIC: BFSWDE33MUE**

# WELCOME BACK IN 1990

## WIE UNS DIE CORONA-KRISE ZURÜCKWIRFT

EIN KOMMENTAR VON CAROLIN WAGNER (BEZIRKSVORSITZENDE OBERPFALZSPD)

Die Corona-Krise werfe uns Frauen im Bereich Familie und Beruf um 30 Jahre zurück, so die Präsidentin des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung, Prof. Jutta Allmendinger. Uff – das sitzt! 30 Jahre zurück... das ist 1990.

In diesem Jahr ist Herbert Wehner 83-jährig verstorben, Nelson Mandela ist nach 28 Jahren Haft freigekommen, der Kanzlerkandidat der SPD heißt 1990 Oskar Lafontaine und in den Koalitionsverhandlungen im Bund wurde der Vorschlag der FDP, die Vergewaltigung in der Ehe zu bestrafen – so wie es die SPD und die Grünen seit 1983 schon forderten – von Edmund Stoiber mit den Worten „Mit uns nie“ vom Tisch gewischt (vgl. hierzu SZ-Artikel „Als Vergewaltigung in der Ehe noch straffrei war“ vom 4.7.2017, online).

Kinderbetreuungsangebote für unter 3-jährige zu dieser Zeit? Fehlanzeige! Ganztageschulen damals?

Fehlanzeige! Mit der Konsequenz, dass die meisten Frauen mindestens drei Jahre nach der Geburt eines Kindes zu Hause blieben – kam ein weiteres Kind in diesem Zeitraum, verlängerte sich das natürlich. Und heute in Corona-Zeiten – wie sieht es da aus? Home-office mit unter 3-Jährigen funktioniert nicht – sofern man überhaupt einen Beruf hat, dem man von zu Hause aus nachgehen kann.

Und heute wie damals setzen sich die tradierten Rollenbilder wieder durch und die Frauen übernehmen die Arbeit rund um die Kinder, die jetzt zu Hause beschult oder beschäftigt werden müssen, rund um den Haushalt, der mit täglich drei Mahlzeiten zu Hause deutlich mehr Zeit frisst. Viele Frauen machen das gerade zusätzlich zu ihren beruflichen Aufgaben oder sie reduzieren ihre Arbeitsstunden oder lassen sich freistellen mit all den uns bekannten Konsequenzen für das eigene Rentenkonto und für die Karrierechancen.



Die Corona-Krise trifft neben diesem Konflikt im Spannungsfeld Arbeit und Familie aber auch noch in anderen Bereichen gerade Frauen besonders hart. Frauen arbeiten häufiger in den sog. systemrelevanten Bereichen wie Supermarkt/Verkauf, Alten- und Krankenpflege, Kinderbetreuung. Hierbei sind sie nicht nur schlecht bezahlt gemessen an dem, was sie physisch und psychisch leisten, sondern hierbei sind sie dem Virus auch noch besonders stark ausgesetzt. Und dann wäre da natürlich noch das Thema häusliche Gewalt. Für betroffenen Frauen und Kinder gibt es durch Kurzarbeit oder Homeoffice, durch Ausgangsbeschränkungen und Schulschließungen weniger Möglichkeiten, aus den eigenen vier Wänden zu fliehen, sich vertrauensvoll an jemanden zu wenden wie die Lehrkraft, die Kollegin oder den guten Freund!

Diese Krise hat vieles verdeutlicht! Sie hat uns gezeigt, dass wir vielleicht im Vergleich zu den Nachbarländern ein gutes Gesundheitssystem haben, dass wir aber durch die Verlagerung der Produktion von Medikamenten, medizinischen Geräten und

auch abgehängt werden. Und sie hat uns eben auch gezeigt, wie weit wir sind in Sachen Gleichstellung – immer noch am Anfang und immer noch vor einem langen Weg. Gehen wir ihn weiter, Genossinnen und Genossen, und gehen wir verstärkt aus diesem Rückschlag hervor! Mit noch vehementeren Forderungen! Mit noch lauterem Protest! Mit noch stärkeren Argumenten!

Freundschaft



Carolin Wagner

Schutzutensilien fast komplett nach Asien in einer gesundheitlichen Krise handlungsunfähig werden. Sie hat uns gezeigt, wie wichtig die flächendeckende gesundheitliche Versorgung ist und dass sich der Staat hier nicht aus der Verantwortung ziehen kann mit Verweis auf Wettbewerb und Privatisierung. Sie hat uns gezeigt, in welchen Kinderschuhen digitale Bildung an unseren Schulen und Hochschulen steckt und wie schnell hier Kinder

Hinweis: Bei diesem Text handelt es sich nicht um einen Bericht, der über einen Sachverhalt informiert, sondern um einen Kommentar. Ein Kommentar oder Meinungsbeitrag gibt die Sicht des Autors/der Autorin wieder. Diese Sicht kann von der der Leser\*innen abweichen und somit zur Diskussion anregen.

## BUNDESTAGSWAHL 2021

Im September 2021 findet die nächste reguläre Bundestagswahl statt. Die Vorbereitungen zur Aufstellung der Kandidat\*innen hierfür sind vielerorts schon angelaufen. Es gibt kein offizielles, einheitliches Verfahren, wie die Kreisverbände, Unterbezirke etc. eine/n geeignete/n Kandidat\*in ermitteln oder finden – wenn ihr euch für eine Bundestagskandidatur für 2021 interessiert, dann spricht jetzt eure/n Stadtverbands-, Kreisverbands- oder Unterbezirkvorsitzende\*n darauf an, meldet euer Interesse und informiert euch, wie das Verfahren vor Ort geregelt wird.

# KOMMUNALWAHL

© Michael Farkas



© Petra Hommeier



**Monatelang hatten wir darauf hingearbeitet – auf den 15. März 2020.**

Plakate geklebt, Flyer verteilt, zugehört, geantwortet, informiert und und und ... Leider konnte dort, wo wir Erfolge erzielt haben, wegen Corona nicht gebührend gefeiert werden und unsere Siegerinnen und Sieger erlebten den Wahlabend nur in kleiner Runde. Die Genossinnen, die die Rathäuser (wieder) erobert haben, feiern wir trotzdem! Euer Erfolg spornt an! Ihr habt das super gemacht! Wir wünschen euch für eure Arbeit jetzt viel Erfolg und ein glückliches Händchen.

Besonders stolz sind wir auf unsere beiden neuen Oberbürgermeisterinnen in Bayern:

**Eva Döhla in Hof und Gertrud Maltz-Schwarzfischer in Regensburg.**

**Herzlichen Glückwunsch  
an alle Genossinnen,  
die ein Mandat errungen haben!**

**Erste Hilfe für Frauen und Mädchen – rund um die Uhr, bundesweit und mehrsprachig:**

**0800 116 016**

Anonyme, vertrauliche und kostenlose Beratung bei häuslicher oder sexualisierter Gewalt, Menschenhandel, Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung oder sexueller Belästigung.

**Bayern**

**SPD**

## IMPRESSUM

**Herausgeberin:**

AsF Bayern  
(Arbeitsgemeinschaft  
sozialdemokratischer Frauen)  
Oberanger 38, 80331 München

089/23171168  
asf@bayernspd.de  
www.asfbayern.de  
f BayernAsF

**Redaktion:**

Katja Reitmaier, Carolin Salvamoser,  
Dr. Carolin Wagner, Micky Wenngatz

**V.i.S.d.P:** Milos Vujovic

**Layout:** Brigitte Voit und  
Sara Hoffmann-Cumani